

ABRÜSTUNG. Den als Atombombenträger ausgerüsteten deutschen Starfightern wird ihre bisherige Aufgabe entzogen. Die Maschinen, die im Ernstfall an einem Atomschlag der Amerikaner auf festgelegte Ziele mitwirken sollten, werden nach dem künftigen Nato-Strike-Plan nur noch auf taktische Ziele angesetzt; sie müssen deshalb auf konventionelle Luftkriegführung umgerüstet werden. Die bisherigen Aufgaben der Starfighter sollen vorwiegend von Atom-U-Booten übernommen werden. Die Umrüstung des auf Wunsch des damaligen Verteidigungsministers Strauß mit hohen Kosten eigens als atomare Angriffsmaschine entwickelten Starfighters wird beträchtliche Ausgaben verursachen.

BEFÖRDERUNG. Ex-Landesminister Gerd Lemmer wird Staatssekretär im Bundesvertriebenenministerium. In der vergangenen Woche beschloß das Bonner Kabinett, den ehemaligen OB von Remscheid und nordrhein-westfälischen Minister für Bundesangelegenheiten, der gegenwärtig die Krupp-Konzern-Leitung in Fragen der Strukturpolitik berät, zum Nachfolger des demnächst in Ruhestand tretenden Vertriebenen - Staatssekretärs Nahm zu ernennen.

FUNKKONTAKTE. Rumäniens Außenminister Manescu versöhnte sich mit einem Erzfeind des Kommunismus. Während eines Besuchs

in Amsterdam grüßte der kommunistische Politiker seine Landsleute über den militant antikommunistischen Sender „Radio Freies Europa“ (RFE), der Nachrichten und Kommentare in den Ostblock ausstrahlt und von Moskau und dessen Satelliten der Spionage, Sabotage und Kriegshetze bezichtigt wird. Manescu, der im Amsterdamer Rijksmuseum von seinem heute für RFE arbeitenden Jugendfreund, dem Exil-Rumänen Max Banus, interviewt wurde, sprach zu „allen Hörern, die den Frieden und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern wünschen und die das Recht jedes Volkes achten, frei zu leben und sein eigenes Schicksal zu gestalten“. Der Minister: „Wir Rumänen gehören zu diesen Völkern.“ Fünf Tage nach der Manescu-Sendung genehmigte die rumänische Regierung dem Pariser RFE-Korrespondenten James Edwards, für „Radio Freies Europa“ aus Bukarest über eine Tagung des rumänischen Parlaments zu berichten.

RICHTIGSTELLUNG AXEL SPRINGERS: „In Panorama (SPIEGEL Nr. 31 vom 24. Juli 1967, Seite 20) steht zu lesen, der Chefredakteur der ‚Welt‘, Dr. H. F. G. Starke, sei bei mir in Ungnade gefallen und habe die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Dr. Starke solle viele seiner Kompetenzen verlieren und Peter Boenisch, Chefredakteur der ‚Bild‘-Zeitung, solle Über-Chefredakteur al-

ler Zeitungen des Verlagshauses Axel Springer werden. Diese Erklärungen — sie werden vom SPIEGEL als Ondit bezeichnet — sind vollkommen unrichtig. Dr. Starke ist nicht in Ungnade gefallen. Er wird keine seiner Kompetenzen verlieren, und ich werde nicht einen Redaktionsdirektor für die Zeitungen des Verlagshauses Axel Springer einsetzen. Die selbständige redaktionelle Führung der ‚Welt‘ und der ‚Bild‘-Zeitungen durch Chefredakteure, die jeder nur für ihre Zeitung verantwortlich sind, ist für mich als Verleger und Herausgeber eine unbedingte Notwendigkeit. Das Ondit ist bereits vor Abdruck der obigen Meldung im SPIEGEL widerlegt gewesen — auf Anfrage des SPIEGEL hatte ein Sprecher der Geschäftsleitung meines Hauses zweimal erklärt, daß an dem Ondit kein wahres Wort sei. Axel Springer.“

ZITAT. „Kritik in einem demokratischen Staat hat mit dem Widerstand in einer Diktatur so wenig oder so viel zu tun, wie ein Tropfen in der Wasserleitung mit den Niagara-Fällen; und manche öffentlichen Äußerungen der letzten Wochen sind nur deshalb zu verstehen, weil sie von Leuten gesagt oder geschrieben worden sind, die nie in einer Diktatur gelebt haben.“ (Berlins Regierender Bürgermeister Heinrich Albertz während einer Ansprache zum 20. Juli.)



Bei Ankunft auf der griechischen KZ-Insel Jaros

photographierte ein Offizier heimlich Häftlinge, die am 8. Juli in Athen und der Hafenstadt Piräus festgenommen und am 11. Juli auf der Gefangeneninsel eingeliefert wurden (l.). Die Internierten, Mitarbeiter des bei dem Militärputsch verhafteten ehemaligen Ministerpräsidenten Papandreu und Mitglieder der Union der Demokra-

tischen Linken (EDA), die nur wenige Habseligkeiten auf die unwirtliche Kykladen-Insel mitnehmen durften (r.), wurden beim Eintreffen im Lager von Polizisten gründlich untersucht. Wann sie und ihre (nach Ermittlungen der Hilfsorganisation „Amnesty International“) etwa 7000 Mitgefangenen die Insel wieder verlassen dürfen, ist un-

gewiß: Griechenlands Innenminister Pattakos sicherte ihnen sofortige Entlassung zu, falls sie eine Loyalitätserklärung für das Militärregime und eine Verpflichtung, künftig jegliche politische Aktivität zu meiden, unterschreiben. Wer nicht unterzeichnet, muß auf Jaros bleiben, laut Pattakos „drei, fünf oder auch hundert Jahre“.